



aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Mehr Geld bei Fortbildungen - „Aufstiegs-BAföG“ beschlossen

Kosten für den Lehrgang, Geld für Unterrichtsmaterialien – der finanzielle Aufwand für eine berufliche Weiterbildung ist nicht zu vernachlässigen. Wer sich zum Handwerks- oder Industriemeister, zum Techniker, Betriebswirt oder staatlich geprüften Erzieher fortbilden will, wird bald noch besser unterstützt, denn die Förderleistungen werden ausgebaut. Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – oft auch „Aufstiegs-BAföG“ genannt – unterstützt die Vorbereitung auf mehr als 700 Fortbildungsabschlüsse. Diese Förderung wird teilweise als Zuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss, teilweise als zinsgünstiges Darlehen gewährt.

Neu ist, dass der Aufstieg künftig auch Schritt für Schritt getan werden kann. Einzelne können künftig auch mehrfach von der Förderung profitieren, nämlich auf allen drei Fortbildungsstufen (zum Beispiel vom Gesellen zum Techniker, vom Techniker zum Meister, vom Meister zum Betriebswirt). ■

Lieferengpässe bei Arzneimitteln

Durch Produktionsprobleme in den verschiedenen Herstellerländern kam es in jüngster Zeit verschiedentlich zu Lieferengpässen bei einigen Medikamenten. Dies hat bei den Betroffenen teilweise große Ängste ausgelöst. Der Bundestag hat hierzu in der letzten Woche beschlossen, beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) einen Beirat einzurichten, der die Versorgungslage kontinuierlich beobachtet. Das BfArM wird außerdem eine stets aktuelle Liste versorgungsrelevanter und versorgungskritischer Wirkstoffe veröffentlichen, auf deren Grundlage weitere Maßnahmen angeordnet werden können, z.B. erweiterte Lagerhaltung. Auch wurden die pharmazeutischen Unternehmen verpflichtet, künftig über ihre Bestände und die Produktion bestimmter Arzneimittel zu informieren.

Wichtig für die Versicherten ist auch: Wenn Apotheker künftig Rabattarzneimittel wegen Liefer-schwierigkeiten nicht bekommen, können sie dem Patienten auch ein nicht rabattiertes, wirkstoffgleiches Arzneimittel aushändigen – und dies ohne größere Verzögerungen und ohne weitere Zuzahlungen. ■

Landwirte vor Dürreschäden besser schützen

Durch den Klimawandel nehmen längere Dürreperioden in den Sommermonaten zu. Um unsere Landwirte zu unterstützen, hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits seit längerem gefordert, die Steuer auf Versicherungen gegen Dürreschäden zu senken. Dies wurde nun vom Bundestag beschlossen. Demnach sinkt die Steuer rückwirkend zum 1. Januar 2020 von 19 Prozent der Versicherungsprämie auf 0,03 Prozent der Versicherungssumme. Damit können die Landwirte noch dieses Erntejahr von den günstigeren Prämien profitieren. ■

Mietpreisbremse verlängert

Die bestehende Mietpreisbremse wird für fünf Jahre verlängert. Das wurde letzte Woche im Parlament beschlossen. Damit ist es den Ländern erneut möglich, „Gebiete mit einem angespannten Wohnungsmarkt“ zu bestimmen, in denen Mieterhöhungen begrenzt sind. Außerdem stärken wir den Mieter dadurch, dass dieser gegenüber dem Vermieter auf Rückzahlung zu viel gezahlter Miete bestehen kann. ■

Lohnschere schließt sich

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat festgestellt, dass die Lohnschere in Deutschland schrumpft. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat sich in steigenden Reallöhnen niedergeschlagen und zugleich wirkt der Mindestlohn. Daher sinkt die Ungleichheit zwischen großen und kleinen Stundenlöhnen. ■